

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 7. November 1984
am Donnerstag, dem 8. November 1984

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter (SPD)	77, 78	Neumann (Bramsche) (SPD)	47, 48
Becker (Nienberge) (SPD)	79, 80	Frau Odendahl (SPD)	13
Büchner (Speyer) (SPD)	70, 71	Peter (Kassel) (SPD)	66, 67
Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU)	24, 25	Pfeffermann (CDU/CSU)	87, 88
Catenhusen (SPD)	7, 8	Dr. Riedl (München) (CDU/CSU)	85, 86
Clemens (CDU/CSU)	27	Dr. Rose (CDU/CSU)	49
Conradi (SPD)	57, 58	Schemken (CDU/CSU)	83, 84
Dr. Czaja (CDU/CSU)	19, 41	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	90, 91
Daweke (CDU/CSU)	33, 34	Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	21, 72
Delorme (SPD)	50, 51	Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	15, 32
Duve (SPD)	18, 26	Schwenninger (DIE GRÜNEN)	9, 10
Eigen (CDU/CSU)	89	Dr. Sperling (SPD)	44, 45
Dr. Enders (SPD)	22, 23	Stahl (Kempfen) (SPD)	39, 40
Fiebig (SPD)	73, 74	Frau Steinhauer (SPD)	55, 56
Grünbeck (FDP)	37, 92	Stockleben (SPD)	81, 82
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	16, 17	Frau Terborg (SPD)	5, 6
Hauser (Esslingen) (CDU/CSU)	68, 69	Frau Dr. Timm (SPD)	59
Heistermann (SPD)	35, 36	Toetemeyer (SPD)	1, 2
Hettling (SPD)	75, 76	Urbaniak (SPD)	54
Dr. Hupka (CDU/CSU)	42, 43	Verheugen (SPD)	20
Jungmann (SPD)	62, 63	Vogelsang (SPD)	11
Dr. Klejdzinski (SPD)	52, 53	Waltemathe (SPD)	93, 94
Kolbow (SPD)	28, 29	Walther (SPD)	3, 4
Krizsan (DIE GRÜNEN)	60, 61	Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)	12
Kuhlwein (SPD)	14	Wilz (CDU/CSU)	64, 65
Milz (CDU/CSU)	38, 46	Dr. de With (SPD)	30, 31

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	15

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

1. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD) Fühlt sich die Bundesregierung, wie aus verschiedenen Publikationen des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit ersichtlich, weiterhin an die „entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung“ vom 9. Juli 1980 gebunden?
2. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, diese bewährten entwicklungspolitischen Grundlinien zu ändern, und wenn ja, bei welchen Punkten sollen diese Veränderungen erfolgen?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

3. Abgeordneter
Walther
(SPD) Treffen Presseberichte zu, wonach das Bundespresseamt die Reise von 15 unionsnahen Journalisten in die USA mit 90 000 DM subventioniert, und wenn ja, auf Grund welcher haushaltsrechtlichen Ermächtigungen?
4. Abgeordneter
Walther
(SPD) Subventioniert die Bundesregierung auch ähnliche Reisen von Journalisten, die nicht unionsnah sind, und wenn nein, warum nicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

5. Abgeordnete
Frau Terborg
(SPD) Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um den deutsch-deutschen Jugendaustausch wieder zu beleben?
6. Abgeordnete
Frau Terborg
(SPD) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, den Verfassungsschutzbericht 1983 in den Passagen zum deutsch-deutschen Jugendaustausch zu korrigieren, oder ist eine Wiederholung der mißverständlichen Passagen über den Jugendaustausch im nächsten Verfassungsschutzbericht zu erwarten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

7. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Welche technologie- und industriepolitischen Erwartungen verbindet die Bundesregierung mit einem stärkeren Engagement in der Weltraumforschung?

- | | |
|---|--|
| 8. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) | Wann wird die Bundesregierung eine erste Entscheidung über eine bemannte Weltraumstation treffen, und welche Kosten-Nutzen-Analyse ist dazu erstellt worden? |
| 9. Abgeordneter
Schwenninger
(DIE GRÜNEN) | Kann die Bundesregierung die Angaben der Firma MBB bestätigen, daß MBB für die SONDA IV-Rakete Ventile für Sekundäreinspritzung gefertigt und darüber hinaus Tests und Ingenieurleistungen auf dem Regelungssektor durchgeführt hat (vgl. Plenarprotokoll 10/90, S. 6626)? |
| 10. Abgeordneter
Schwenninger
(DIE GRÜNEN) | Welche bundesdeutschen Firmen und Institutionen sind nach Erkenntnis der Bundesregierung an der Zusammenarbeit mit Brasilien auf dem Gebiet der Raketentechnik beteiligt? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

- | | |
|--|--|
| 11. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung das sogenannte Kammermodell, durch das auch solche Betriebe an den Kosten der betrieblichen Berufsausbildung beteiligt werden sollen, die nicht ausbilden? |
| 12. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD) | Wie hoch sind nach Erkenntnissen der Bundesregierung die durchschnittlichen Kosten der Ausbildung im dualen System für die Ausbildungsbetriebe? |
| 13. Abgeordnete
Frau
Odendahl
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Prozent der Betriebe im Industrie- und Handelskammer- und Handwerkskammerbereich sich in den Jahren 1982 bis 1984 an der Ausbildung im dualen System beteiligt haben, und wie hoch ist nach Ansicht der Bundesregierung die Ausbildungsreserve? |
| 14. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, eine gerechtere Verteilung der Kosten zwischen Ausbildungsbetrieben und solchen, die nicht ausbilden, zu erreichen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|--|--|
| 15. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD) | Welche Haltung nimmt die Bundesregierung in zwischen zur Zeichnung der Seerechtskonvention ein, insbesondere angesichts des Ablaufs der Zeichnungsfrist am 9. Dezember 1984? |
|--|--|

16. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hamm-
Brücher**
(FDP)
- Welches Ziel hatte das Treffen aller europäischen Kulturreferenten in Bonn am 24. Oktober 1984, und welche konkreten Konsequenzen sollen daraus für die auswärtige Kulturpolitik gezogen werden?
17. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hamm-
Brücher**
(FDP)
- Welche konkreten Maßnahmen sind nach der Ankündigung von Bundesaußenminister Genscher vor den Vereinten Nationen – die Bundesrepublik Deutschland wolle die Kulturbeziehungen mit den Entwicklungsländern intensivieren – vorgesehen?
18. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Wo liegen die Gründe dafür, daß sich die Übergabe des Document Center an das Bundesarchiv in Koblenz seit zwei Jahren weiter verzögert, und wann ist mit der Übergabe zu rechnen?
19. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Welchen Pressionsversuchen wird der Bundesaußenminister bei seinem Besuch in Warschau angesichts der ständigen, aggressiven Revanchismuskampagne des polnischen Außenministers ausgesetzt sein, und wird der Bundesaußenminister im Sinne der Antwort des Auswärtigen Amtes vom 3. Mai 1984 gemäß den verbindlichen, mit dem Warschauer Vertragstext und dem Grundgesetz im Einklang stehenden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (E 40, 171; E 36, 15 ff.) die Mitverantwortung der Bundesrepublik Deutschland für die fortdauernde Zugehörigkeit der Gebiete östlich von Oder und Neiße zu ganz Deutschland, zu seiner territorialen Souveränität, vertreten und die Menschenrechte zur Gewährleistung kultureller Eigenart und der Ausreisefreiheit für Deutsche einfordern?
20. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland berührt und gegebenenfalls geschädigt, wenn das offizielle Organ einer Regierungspartei, der Bayernkurier, die Meinung verbreitet, der Friedensnobelpreisträger dieses Jahres, Bischof Desmond Tutu, sei ein Friedenspreisträger „im Dunstkreis von kommunistischen Bombenwerfern“, mit dem das Nobelpreiskomitee den „Bock zum Gärtner gemacht“ habe, und wenn ja, was wird die Bundesregierung zur Schadensbegrenzung unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

21. Abgeordneter
**Schmitt
(Wiesbaden)**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Richtlinien für den Sonderurlaub für Beamte und Richter (BGBl. I S. 2074) die auch für Zivildienstleistende angewandt werden, so zu verändern, daß die Teilnahme an Seminaren wie „Aus der Ge-

- schichte lernen", das die Bundeszentrale für politische Bildung als förderungswürdig anerkannt hat, künftig möglich wird?
22. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Ehen im Durchschnitt jährlich zwischen Deutschen und Partnern aus Nicht-EG-Staaten geschlossen werden, und mit welcher Zahl von Scheinehen rechnet sie?
23. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Maßnahmen von Ausländerämtern oder Bundesbehörden, die darauf abzielen, Anhaltspunkte für Scheinehen aus der Privatsphäre der Betroffenen oder von deren Nachbarn zu bekommen?
24. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Möglichkeit der Nutzung von Müll-Deponie-Gas ein?
25. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, was bisher mit dem zwangsläufig entstehenden Müll-Deponie-Gas geschieht?
26. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Inwieweit finden die Bestimmungen zur Anonymisierung des von der Bundesregierung vorgelegten Entwurfs eines Gesetzes über die Sicherung und Nutzung von Archivgut des Bundes (BArchG) auf das Document Center Anwendung?
27. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zu der immer wieder erhobenen Forderung, die grenzpolizeilichen Aufgaben an der innerdeutschen Grenze, die der Grenzaufsichtsdienst des Zolls im Auftrag des Bundesgrenzschutzes (BGS) durchführt, wieder auf den Grenzschutz einzeldienst im BGS zurückzuübertragen und gegebenenfalls die dort tätigen Zollbeamten dem BGS einzugliedern?
28. Abgeordneter
Kolbow
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Pressemitteilungen bestätigen, wonach gegenwärtig ein Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes für 1,9 Millionen DM umgerüstet wird, um dem Bundeskanzler Gespräche während des Hubschrauberfluges mit einer besonderen Schallisolierung zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

29. Abgeordneter
Kolbow
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, daß beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr ein Forschungsauftrag über das Thema „Die verdrängte Rechtsgeschichte – Strafgerichtsbarkeit im NS-Staat“ durchgeführt werden kann?

30. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD) Ist es der Bundesregierung bekannt, daß die Verfahrensdauer beim Deutschen Patentamt in München bis zur Entscheidung über die Gewährung eines Patents zur Zeit im Durchschnitt 3,2 Jahre dauert, bei den Patentämtern in Japan und den USA aber nur etwa 26 Monate?
31. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung einleiten, um diesem Mißstand abzuhelpen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

32. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD) Ist die Bundesregierung – insbesondere auf Grund der von ihr vor zwei Jahren für erforderlich gehaltenen Prüfungen – nunmehr bereit, eine 10 DM-Umlaufmünze einzuführen?
33. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Rahmen der diesjährigen Herbstmanöver Einheiten der britischen Rheinarmee in der Gemarkung Henstorf in der Gemeinde Kalletal/Lippe irreversible Boden- und Wasserschäden dadurch angerichtet haben, daß aus einem von Hameln kommenden, unterirdischen Treibstoffrohrleitungssystem kleine mobile Feldtanklager in der an Henstorf angrenzenden Gemarkung Bavenhausen mittels bis zu drei Kilometer langer Schläuche aufgefüllt und aus diesen Lagern jeweils Tankfahrzeuge abgefüllt worden sind, wobei durch die dabei benutzten Schläuche mit erheblichen Leckagen insgesamt mehrere tausend Liter Treibstoff in das Erdreich gedrungen sind?
34. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um erstens eine weitere Umweltkatastrophe, die in der Verseuchung des Grundwassers bestände, zu verhindern und zu vermeiden und zweitens den geschädigten Landwirten einen Ausgleich zukommen zu lassen?
35. Abgeordneter
Heistermann
(SPD) Welche gesetzlichen Auflagen hatten die Betreiber der NATO-Pipeline in der Gemeinde Kalletal/Kreis Lippe, im Rahmen des NATO-Manövers „Lionheart“ beim Ab- und Umfüllen der Treibstoffe einzuhalten?
36. Abgeordneter
Heistermann
(SPD) Wie stellt die Bundesregierung künftig sicher, daß beim Auftreten von Treibstoffschäden im Erdbereich und Wasserläufen unverzüglich durch die Verursacher gehandelt wird, und beabsichtigt sie, eventuell deutsche Dienststellen mit der Kontrolle der Umfüllstationen zu beauftragen?

37. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Sind Informationen zutreffend, daß die Zurücknahme der Sperrfrist für Bausparverträge von zehn auf sieben Jahre erst in der Novelle des Wohngeldgesetzes 1986 geregelt werden soll?
38. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Verwirklichung der Vorschläge der Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg ein, schon ab 1. Januar 1985 den Kauf von Personenwagen mit Katalysatoren steuerlich zu fördern und die Mineralölsteuer für verbleites Benzin anzuheben?
39. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Welche Größenordnung haben die Steuereinnahmen aus Lizenzen und Patenten in der Bundesrepublik Deutschland, wie groß ist dabei der Anteil der Zahlungen, kommend aus kleinen und mittleren Unternehmen?
40. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Wäre es nicht sinnvoll, diese Steuer gegen Nachweis bei weiterer Verwendung für Forschung und Entwicklung den Unternehmen zu belassen, da die Förderung von Forschung und Entwicklung im mittelständischen Unternehmensbereich gestärkt werden soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

41. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung beim Einsatz der hohen staatsverbürgten deutschen Kredite, mit deren Hilfe zahlreiche Kohlenbergwerke in Oberschlesien modernisiert werden sollen, auf der Minderung der katastrophalen Luftraumverschmutzung durch Vorkehrungen zur Rauchgasentschwefelung bestehen, um den Menschen in Oberschlesien, Deutschen und Nicht-Deutschen, zu einem erträglicheren Leben zu helfen und die über Oberschlesien weit hinausreichenden Folgen des Ausstoßes großer Mengen schwefelhaltigen Rauchgases zu mindern?
42. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Inwieweit sind die Bundesbürgschaften in Höhe von über 1,4 Milliarden DM verloren, nachdem die Volksrepublik Polen mehrere Projekte, für die die Bundesbürgschaften gegeben worden waren, nicht mehr auszuführen beschlossen hat?
43. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß die Bundesrepublik Deutschland der größte Gläubiger der Volksrepublik Polen ist, und wie teilen sich die Schulden der Volksrepublik Polen in öffentliche und staatlich verbürgte Kredite auf?
44. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- In welcher Kabinettsitzung hat die Bundesregierung ihr „umfassendes Energiesparprogramm“ (Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Sprung, Drucksache 10/2112, S. 17) beschlossen, und wo ist es veröffentlicht?

- | | |
|--|--|
| 45. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) | Kann die Bundesregierung ihre bisher erzielten „nachhaltigen Erfolge“ beziffern und bewerten? |
| 46. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung sicherstellen, daß schon ab 1. Januar 1985 eine weitgehend flächendeckende Versorgung mit bleifreiem Benzin erfolgen kann? |
| 47. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) | Ist die Bundesregierung inzwischen über die Einzelheiten der Fusion der Firmen Klöckner und Krupp informiert, und welche Folgerungen zieht sie daraus für den Stahlerzeugungsstandort Georgsmarienhütte? |
| 48. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, in welcher Höhe die fusionierten Unternehmen Klöckner/Krupp Subventionen von der Bundesregierung verlangen und ob dadurch der Stahlerzeugungsstandort Georgsmarienhütte gesichert wird? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

- | | |
|--|--|
| 49. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) | Von wem und auf welche Weise bekommt die Bundesregierung die Zahlen im Rahmen der „Waldschadenserhebung“ geliefert? |
| 50. Abgeordneter
Delorme
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß trotz wiederholter Hinweise der Rebschutzdienste und der örtlich zuständigen Behörden von einigen Winzern zum Schutz der reifen Trauben vor Vogelfraß immer noch die weitmaschigen, dünnfädigen „Einwegnetze“ verwendet werden, in denen sich Vögel und andere Wirbeltiere verfangen und elend zugrunde gehen, und wie ist die Ankündigung der Bundesregierung auf meine Fragen vom 30. November 1983 (Drucksache 10/806, Fragen 53 und 54) zu beurteilen, wonach bei der anstehenden Novellierung des Tierschutzgesetzes „die Anwendung von Vorrichtungen zum Fangen, Fernhalten oder Verscheuchen von Wirbeltieren verboten werden soll, wenn damit die Gefahr erheblicher Schmerzen, Leiden oder Schäden für die betroffenen Tiere verbunden ist“? |
| 51. Abgeordneter
Delorme
(SPD) | Wann ist mit dieser gesetzlichen Neuregelung zu rechnen, und müßte nicht gegebenenfalls mit einer Übergangsregelung sichergestellt werden, daß sich der durch die Verwendung der „Einwegnetze“ verursachte fahrlässige Vogelmord nicht auch noch in der nächsten Weinlese wiederholt? |

52. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß während der Zugzeit in Belgien Jagd auf Singvögel gemacht wird, wobei etwa eine halbe Million Vögel gefangen wird, von denen ein großer Teil über die Grenze in die Bundesrepublik Deutschland geschmuggelt und hier für Beträge zwischen 30 DM und 100 DM verkauft wird, und wenn ja, auf welche Weise gedenkt die Bundesregierung den Handel mit Singvögeln zu unterbinden?
53. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die gefangenen Singvögel oft nur noch wenige Tage in der Gefangenschaft leben – so sterben etwa die Hälfte aller gefangenen Gimpel innerhalb der ersten Tage –, und wenn ja, hält es die Bundesregierung nicht für notwendig, bei der belgischen Regierung vorstellig zu werden mit dem Ziel, daß der zu verurteilende Fang von Singvögeln grundsätzlich verboten wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

54. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß Betriebsräte durch das Aushandeln von Sozialplänen nach den §§ 112 und 113 des Betriebsverfassungsgesetzes den endgültigen wirtschaftlichen Ruin von Unternehmen verschuldet haben?
55. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob die im Jahre 1983 erfolgte Beanstandung des Bundesrechnungshofes zutrifft, daß die Rentenversicherungen durch nicht ausreichende Betriebsprüfungen Einnahmeverluste in Kauf nähmen, und was hat die Bundesregierung getan bzw. was gedenkt sie zu tun, um die Rentenversicherungsträger anzuhalten, alle Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen?
56. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte keine Nachprüfungen vornimmt, ob die Beitragszahlung der pflichtversicherten Selbständigen entsprechend der Einkommenshöhe erfolgt, und wie ist dies mit den gesetzlichen Bestimmungen in Übereinstimmung zu bringen?
57. Abgeordneter
Conradt
(SPD)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung, daß die Bundesanstalt für Arbeit erst am 10. März 1983 in einem Runderlaß die Änderung der Fahrtkostenerstattung rückwirkend zum 1. Dezember 1982 verfügte, obwohl die Bundesregierung die Änderung der Fahrtkostenerstattung im öffentlichen Dienst zum 1. Dezember 1982 schon am 29. September 1982 bekanntgegeben hat?

58. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung den personellen Mehraufwand der Arbeitsverwaltung für die Neuberechnungen und Nachzahlungen der Fahrtkostenabrechnungen von Dezember bis März?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

59. Abgeordnete
Frau Dr. Timm
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, in Zukunft beim Umbau oder Neubau von Heizanlagen von Bundeswehrkasernen ebenfalls Erdgas zu benutzen, und wenn ja, plant die Bundesregierung dann in solchen Fällen eine umgehende Benachrichtigung der betreffenden Kommunalbehörden, um in der wegen zusätzlicher Luftbelastung beunruhigten Bevölkerung keine weitere Sorge aufkommen zu lassen?
60. Abgeordneter
Krizsan
(DIE GRÜNEN)
- Wie viele Ersatzübergänge sind in welchem Abstand über den Rhein zwischen Bodensee und niederländischer Grenze bereits fertiggestellt, in Bau bzw. in der Planung?
61. Abgeordneter
Krizsan
(DIE GRÜNEN)
- Wie hoch sind die Gesamtkosten und der Bodenverbrauch?
62. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Personalrat beim deutschen Anteil AFCENT aufgelöst worden ist, und wenn ja, mit welcher Begründung?
63. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, gegebenenfalls bei weiteren internationalen Stäben die Personalräte aufzulösen, und wenn ja, wie ist die Absicht der Bundesregierung mit den Rechtsvorschriften für die Bildung von Personalräten in internationalen Stäben in Einklang zu bringen?
64. Abgeordneter
Wilz
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob in den Soldatenfamilien die Scheidungsquote der Berufssoldaten doppelt so hoch ist wie in der übrigen Bevölkerung und die „Sitzenbleiberquote“ von Soldatenkindern wesentlich über dem Durchschnitt liegt, wie in der „Monitor“-Sendung am 16. Oktober 1984 behauptet wurde?
65. Abgeordneter
Wilz
(CDU/CSU)
- Von welcher Umzugshäufigkeit ist bei Offizieren und Unteroffizieren der Bundeswehr im Vergleich zu anderen Gruppen im öffentlichen Dienst auszugehen, und liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wonach Ehefrauen von Soldaten Umzüge boykottieren sollen?
66. Abgeordneter
Peter (Kassel)
(SPD)
- Wie ist das umstrittene öffentliche Defilee der aus dem Manöver heimkehrenden Truppen des Standorts Hessisch Lichtenau am 2. November 1984 zustande gekommen?

- | | |
|--|---|
| 67. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD) | Wie wird dieser Aufmarsch von der Bundesregierung politisch bewertet? |
| 68. Abgeordneter
Hauser
(Esslingen)
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung, die Bundeswehr für eine Hilfsaktion nach Äthiopien einzusetzen, um einen Beitrag zur Linderung der Hungersnot in diesem Land zu leisten? |
| 69. Abgeordneter
Hauser
(Esslingen)
(CDU/CSU) | Welche Transportkapazitäten könnte die Bundeswehr für diesen Zweck zur Verfügung stellen, und wären diese Einheiten in der Lage, die Endverteilung der Hilfsgüter zu übernehmen? |
| 70. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD) | Hält die Bundesregierung an ihrer Zustimmung zur Errichtung von Anlagen des Flugleitsystems AEWTF bei Wilgarts-Wiesen und Salzwoog im Pfälzer Wald fest, obwohl sich die Landesregierung von Rheinland-Pfalz sowie alle in Rheinland-Pfalz vertretenen politischen Parteien und zahlreiche Bürgerinitiativen übereinstimmend dagegen ausgesprochen haben? |
| 71. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD) | Welche konkreten Schritte mit welchen Ergebnissen hat die Bundesregierung im Zusammenwirken mit den NATO-Partnern eingeleitet, um das Tiefflugaufkommen über der Pfalz zu verringern? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie und Gesundheit**

- | | |
|---|--|
| 72. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesamtes für den Zivildienst, daß ein Aufenthalt im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz für Bildungszwecke ungeeignet ist, und sollte die Bundesregierung nicht im Gegenteil – nach den Erfahrungen aus der deutschen Geschichte – Besuche und Seminare junger Menschen in Auschwitz als besonders förderungswürdig anerkennen? |
| 73. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) | Trifft es zu, daß der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Dr. Geißler, dem Präsidenten des Bundesgesundheitsamtes, Professor Überla, gestattet hat, weiterhin Lehrstuhlinhaber und Direktor des Instituts für medizinische Informationsverarbeitung, Statistik und Biomathematik der Ludwig-Maximilian-Universität in München zu sein, wenn ja, wer ist Dienst- und Disziplinarvorgesetzter von Professor Überla, der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit oder der bayerische Kultusminister? |

74. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung zu überprüfen, ob der Präsident des Bundesgesundheitsamtes, Professor Überla, nach seiner Berufung zum Präsidenten mit seinem Amt unvereinbare Nebentätigkeiten als Gutachter übernommen hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

75. Abgeordneter
Hettling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß unter ausländischer Flagge fahrende Schiffe deutscher Unternehmen keinesfalls deutsche Schiffe sind und daß die Verwendung von nationalen Flaggen durch Seeschiffe im Zusammenhang mit deren Staatszugehörigkeit steht und somit die Regeln des Völkerrechts über die Flaggenhoheit nach Artikel 4 des Genfer Übereinkommens über die Hohe See, das von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert worden ist, zutreffen?
76. Abgeordneter
Hettling
(SPD)
- Wenn die Bundesregierung diese Auffassung teilt, wie bewertet sie dann die Ausführungen von Staatssekretär Bayer in der Sitzung des Seeverkehrsbeirates vom 23. Mai 1984, „daß auch unter liberianischer Flagge fahrende Schiffe deutscher Unternehmen deutsche Schiffe sind“, und dies gerade auch unter dem Gesichtspunkt zunehmender Ausflagung, mit der eine Unterlaufung des Ziels der Bundesregierung zum langfristigen Erhalt und Absicherung der deutschen Handelsflotte erfolgt?
77. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Auf welchen sicherheitstechnischen Vorschriften basiert die Überwachung der alliierten Militärfahrzeuge?
78. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Werden auch Überprüfungen bezüglich der Umweltbelastung an diesen Fahrzeugen vorgenommen, und wenn ja, durch wen?
79. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Wann werden die Zoll-Duane-Schilder an den Binnengrenzen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den anderen Mitgliedstaaten der EG abgenommen, gegebenenfalls alle auf einmal oder in welchen Etappen?
80. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Welche Änderungen von Rechtsvorschriften hat die Bundesregierung im Vorfeld dieser europäischen Maßnahme vorgenommen?
81. Abgeordneter
Stockleben
(SPD)
- Bis wann rechnet die Bundesregierung mit der Fertigstellung des Gesamtausbaus des Mittel-landkanals?

82. Abgeordneter
Stockleben
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es nicht für geboten, angesichts der Standortverschlechterung des mittleren Niedersachsens die notwendigen Finanzmittel bereitzustellen und wie in Nordrhein-Westfalen über eine entsprechende Ergänzung zum Regierungsabkommen von 1965 den Ausbau des Mittellandkanals zu beschleunigen?
83. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU)
- Stimmen die Veröffentlichungen der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), wonach ab September 1985 mehr als 2 500 Ausbildungsplätze im Bundesbahnunternehmen nicht mehr besetzt werden sollen?
84. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung diese Entscheidung des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn im Hinblick auf die sicher auch im Jahre 1985 angespannte Ausbildungsplatzsituation zum Zeitpunkt September 1985 für richtig?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

85. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Trifft die Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 24. Oktober 1984 zu, daß durch die von der Deutschen Bundespost vor kurzem zurückgezogene Ausschreibung für das mobile „Europa-Netz“ (Autotelefon-Netz) der deutschen Wirtschaft ein „äußerst interessanter Wachstumsmarkt“ verlorengegangen sei und damit zugleich die Gefahr isolierter Insellösungen der verschiedenen Länder in Europa geschaffen werden?
86. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die im Zusammenhang damit geäußerte Kritik, die zurückgezogene Ausschreibung stelle eine „völlige Verkennung der Verbraucherinteressen dar, die rasch ein leistungsfähiges, in hohen Stückzahlen und dadurch preisgünstig gefertigtes Mobilfunksystem erwarten“?
87. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen hatte der Fortfall der Essenzuschüsse bei der Deutschen Bundespost auf die Besucherzahl der Postkantinen, und wie waren die Auswirkungen im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit der Postkantinen?
88. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Gab es negative Folgen z. B. in preislicher und qualitätsmäßiger Hinsicht für die Benutzer der Postkantinen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung gegebenenfalls, dieser Entwicklung gegenzusteuern?

89. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Treffen nach Meinung der Bundesregierung Aussagen zu, daß im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen Pläne bestehen, den ländlichen Raum postalisch noch wesentlich schlechter zu bedienen als bisher?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

90. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Trifft es zu, daß die im Jahr des Kindes angekündigte Verbesserung der Wohnbedürfnisse von Kindern durch Anhebung der Mindestraumgröße in den DIN-Vorschriften nicht mehr durchgeführt werden soll?
91. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Glaubt die Bundesregierung, daß mit der Umbenennung von Kinderzimmer in Individualraum der ein Jahrzehnt andauernden Kritik an der Raumgröße für Kinderzimmer Rechnung getragen ist?
92. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung einen Handlungsbedarf, um die Wettbewerbsverzerrungen zwischen gemeinnützigen und freien Wohnungsbauunternehmen im Bereich der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und beim Verkauf von Eigentumswohnungen abzubauen?
93. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesbauministers Dr. Schneider, das Wohngeld nicht erst Mitte 1986, sondern bereits zum 1. Januar 1986 zu erhöhen (siehe Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 31. Oktober 1984)?
94. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, der Forderung des Bundesbauministers Dr. Schneider entgegen ihrer bisherigen Haltung zu folgen, den Finanzierungsrahmen für eine Wohngeldnovelle zum 1. Januar 1986 auf 700 Millionen DM anzuheben und das Volumen der gesamten Wohngeldleistungen auf jährlich 3 Milliarden DM zu erhöhen?

Bonn, den 2. November 1984

